

THOMAS RECHT

Rechtsschutz im Rahmen
des beschleunigten
Stromnetzausbaus

*Schriften zum
Infrastrukturrecht*

19

Mohr Siebeck

Schriften zum Infrastrukturrecht

herausgegeben von

Wolfgang Durner und Martin Kment

19



Thomas Recht

Rechtsschutz im Rahmen des beschleunigten Stromnetzausbaus

Eine Untersuchung der Rechtsschutzkonzentration
im Planungssystem des EnWG und des NABEG

Mohr Siebeck

Thomas Recht, geboren 1986; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn; Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn; Hilfskraft bei der Bundesnetzagentur; Rechtsreferendariat am Landgericht Köln; seit 2019 in der öffentlichen Verwaltung tätig.

ISBN 978-3-16-157711-6 / eISBN 978-3-16-157712-3

DOI 10.1628/978-3-16-157712-3

ISSN 2195-5689 / eISSN 2569-4456 (Schriften zum Infrastrukturrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Schrift Times New Roman gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Wintersemester 2018/2019 als Dissertation angenommen.

Rechtsprechung und Literatur konnten bis einschließlich Februar 2019 berücksichtigt werden. Der von der Bundesregierung am 12. Dezember 2018 vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus“ befand sich zum Zeitpunkt der Drucklegung noch im parlamentarischen Verfahren. An relevanten Stellen der Arbeit finden sich in den Fußnoten aber vereinzelt Hinweise auf die hierin geplanten Änderungen des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes.

Mein Dank gilt zuallererst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, der durch seine Lehrveranstaltungen mein Interesse am Umwelt- und Planungsrecht geweckt hat und der mich während der lehrreichen Zeit als wissenschaftliche Hilfskraft an seinem Lehrstuhl für diesen Bereich fortwährend begeistern konnte. Hierdurch, vor allem aber durch seine stete Diskussionsbereitschaft, seine wertvollen Hinweise und Anregungen sowie der insgesamt fruchtbaren Betreuung hat er zum Gelingen dieser Arbeit maßgeblich beigetragen.

Herrn Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Für einen großzügigen Druckkostenzuschuss danke ich der Konrad-Redecker-Stiftung, namentlich Herrn Prof. Dr. Wolfgang Roth für sein meiner Arbeit entgegengebrachtes Interesse.

Meinen Freunden und meinem Bruder danke ich von Herzen für ihren steten Rückhalt und Zuspruch. Größter Dank gilt schließlich meinen Eltern, auf deren Unterstützung ich jederzeit zählen konnte und die mir diesen Weg überhaupt erst ermöglicht haben.

Köln, im März 2019

Thomas Recht

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Erstes Kapitel: Einleitung	1
<i>A. Die Beschleunigung des Stromnetzausbaus als Voraussetzung der Energiewende</i>	1
<i>B. Bedeutung des Rechtsschutzes in den beschleunigten und mehrstufigen Netzausbauplanungen</i>	5
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	9
Zweites Kapitel: Überblick über das neue System der mehrstufigen Stromnetzplanung	11
<i>A. Die mehrstufige Bedarfsplanung</i>	12
I. Szenariorahmen als prognostische Grundlage der Bedarfsfeststellung .	13
II. Bedarfsermittlung durch den Netzentwicklungsplan	14
III. Gesetzliche Bedarfsfeststellung des Bundesbedarfsplans	17
<i>B. Bindende Grobtrassierung durch die Bundesfachplanung</i>	18
<i>C. Zulassung durch die „entlastete“ Planfeststellung</i>	21
Drittes Kapitel: Zugang zu Gericht und gerichtliche Kontrolle im verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystem	27
<i>A. Individualrechtsschutz nach der VwGO</i>	28
I. Erfordernis einer Verletzung subjektiver Rechte	28
1. Vorliegen eines subjektiven Rechts	30
2. Außenwirkung der angegriffenen Behördenentscheidung	32
II. Erweiterung der Klagerechte durch unionsrechtlichen Einfluss	33
1. Subjektivierung unionsrechtsbedingter Normen aufgrund des Effektivitätsgebots	34
2. Der „weite Zugang zu Gericht“ als Subjektivierungsmaßstab	36

III. Schlussfolgerungen für die Untersuchung	38
<i>B. Überindividueller Rechtsschutz durch Verbandsklagen</i>	38
I. Naturschutzverbandsklagen gem. § 64 BNatSchG	39
II. Umweltverbandsklagen gem. § 2 UmwRG	40
1. Rechtsschutz gegen UVP-pflichtige Zulassungsentscheidungen ...	41
2. Gegenständliche Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeiten durch (unionsrechtlich vermittelten)	
Art. 9 Abs. 3 Aarhus-Konvention	43
3. Auf dem Weg zu einer umfassenden Umweltverbandsklage?	45
III. Schlussfolgerungen für die Untersuchung	47
<i>C. Bereichsspezifischer Rechtsschutz nach dem EnWG: Das Beschwerdeverfahren</i>	48
I. Objektiver und subjektiver Rechtsschutz durch die Anfechtungsbeschwerde	49
1. Beschwerdebefugnis und Beschwer als Zugangsvoraussetzungen ..	50
a) Formalisierte Beschwerdebefugnis des § 75 Abs. 2 EnWG	50
b) Entformalisierung durch die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	50
c) Beschwer als besondere Form des Rechtsschutzbedürfnisses ...	52
aa) Formelle Beschwer	53
bb) Materielle Beschwer	54
2. Objektive Maßstäbe der Begründetheit	54
II. Subjektiv-rechtliche Ausgestaltung der Verpflichtungsbeschwerde ...	55
III. Subjektiv-rechtliche Ergänzung durch die Leistungsbeschwerde	56
IV. Unwesentlicher Einfluss durch das Unionsrecht	57
V. Schlussfolgerungen für die Untersuchung	58
 Viertes Kapitel: Rechtsschutz im Rahmen der Netzentwicklungsplanung	61
<i>A. Eröffnung des energierechtlichen Beschwerdeverfahrens</i>	62
I. Formelle Tätigkeit der Regulierungsbehörde	62
II. Regulierungsrechtlicher Charakter der Netzentwicklungsplanung	63
1. Netzentwicklungsplanung im normativen Kontext des Regulierungsrechts	64
2. Regulatorischer Gehalt der Netzentwicklungsplanung	64
3. Keine originär planungsrechtliche Wirkung des Netzentwicklungsplans	66
III. Ergebnis: Folgerichtige Zuständigkeit der Zivilgerichte	68
<i>B. Rechtsschutz gegen die Genehmigung des Szenariorahmens gem. § 12a Abs. 3 EnWG</i>	69

I. Genehmigung des Szenariorahmens als Verwaltungsakt im Rechtsschutzsystem	70
1. Anfechtbarer Verwaltungsakt kraft Form	70
2. Materielle Verwaltungsaktqualität	72
3. Ergebnis: Statthaftigkeit der Anfechtungs- bzw. Verpflichtungsbeschwerde	74
II. Zugang zum Beschwerdeverfahren	75
1. Anfechtung der Genehmigung durch Dritte	75
a) Kein (analoger) Rechtsschutzausschluss	75
b) Anfechtungsbefugnis Dritter kraft Beteiligung	77
aa) Beiladung als Zugangsvoraussetzung	77
(1) Kreis der potentiell beiladungsfähigen Beteiligten	78
(2) Erhebliche Interessenberührung als Beiladungsvoraussetzung	79
(3) Weiter Ermessensspielraum zur Versagung der Beiladung	82
bb) Fehlende Beschwer als letztendliches Zugangshindernis	85
c) Fehlende Anfechtungsbefugnis nichtbeteiligter Dritter	87
aa) Keine materielle Beschwerdebefugnis mangels Rechtsbetroffenheit	87
bb) Keine weitergehende Entformalisierung	88
cc) Keine überindividuellen Verbandsklagerechte	90
d) Zwischenergebnis: Keine Möglichkeit zur Drittanfechtung der Genehmigung des Szenariorahmens	90
2. Anfechtungs- und Verpflichtungsbeschwerden der Übertragungsnetzbetreiber	91
a) Rechtsschutzziele der Übertragungsnetzbetreiber	91
b) Anfechtungsberechtigung gegen Genehmigung und Nebenbestimmungen	93
c) Verpflichtungsbefugnis hinsichtlich (Neu-)Bescheidung	94
III. Begründetheit von Anfechtungs- und Verpflichtungsbeschwerde	95
1. Tatbestandliche Voraussetzungen als Entscheidungsrahmen	96
2. Umfang der gerichtlichen Kontrolle und Kontrolldichte	96
a) Letztentscheidungsbefugnisse und Kompetenzverteilung im Energieregulierungsrecht	96
b) Einschränkung durch Beurteilungsspielraum der Übertragungsnetzbetreiber	99
c) Uneingeschränkt überprüfbare Vertretbarkeitskontrolle der Regulierungsbehörde	101
3. Ergebnis: Aufhebung der Genehmigung und Verpflichtung zur Neubescheidung	105
IV. Notwendigkeit von Eilrechtsschutz	106

<i>C. Rechtsschutz im Rahmen des Netzentwicklungsplans gem. §§ 12b, 12c EnWG</i>	107
I. Rechtsschutz Dritter	108
1. Zulässiger Ausschluss von Drittrechtsschutz gegen die Bestätigung des Netzentwicklungsplans	108
a) Mangels Rechtsbetroffenheit keine verfassungsrechtlichen Bedenken	109
b) Mangels umweltrechtlicher Determinierung kein Rechtsschutz für Umweltverbände	112
2. Keine sonstigen subjektiven Ansprüche im Rahmen der Netzentwicklungsplanung	116
II. Rechtsschutz der Übertragungsnetzbetreiber	119
1. Rechtsschutz gegen Änderungsverlangen gem. § 12c Abs. 1 Satz 2 EnWG	119
a) Anfechtbarkeit durch die Übertragungsnetzbetreiber	119
b) Umfang der behördlichen Änderungsbefugnis als Maßstab der Begründetheit	120
2. Rechtsschutz gegen die Bestätigung des Netzentwicklungsplans gem. § 12c Abs. 4 Satz 1 EnWG	124
a) Bedeutung des Rechtsschutzes nach der Bestätigungspraxis der Bundesnetzagentur	124
b) Bestätigung als Gegenstand der Anfechtungs- und Verpflichtungsbeschwerde	125
c) Begrenzung der Beschwerdeberechtigung auf Änderungen im Rahmen der Bestätigungsentscheidung	128
d) Begründetheit bei Überschreitung der Grenzen einer Vertretbarkeitskontrolle	130
3. Rechtsschutz gegen Durchsetzungsmaßnahmen nach § 65 Abs. 2a EnWG	131
<i>D. Ergebnis und Bewertung: Rechtsschutz entsprechend regulierungsrechtlicher Zweckrichtung</i>	134
I. Umfassende Rechtsschutzmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber als Konsequenz regulierungsrechtlicher Verpflichtungen	134
II. Keine Notwendigkeit und praktische Wirkungslosigkeit von Drittrechtsschutz	136
 Fünftes Kapitel: Rechtsschutz gegen den Bundesbedarfsplan	141
<i>A. Möglichkeiten verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes</i>	143
I. Unmittelbarer Rechtsschutz	143
1. Unzulässigkeit von Verfassungsbeschwerden	143

a) Keine unmittelbare Eigentumsbetroffenheit durch planungsrechtliche Bindungswirkung	144
b) Keine Betroffenheit in gemeindlicher Planungshoheit	149
c) Sonderfall Übertragungsnetzbetreiber: Keine unmittelbare Betroffenheit trotz ausdrücklicher Bindungsadressierung	152
2. Zulässigkeit abstrakter Normenkontrolle	156
II. Mittelbarer Rechtsschutz im Wege konkreter Normenkontrolle	157
1. Inzidente Überprüfungsmöglichkeiten und deren rechtsformbedingten Einschränkungen	157
2. Begrenzter Umfang der gesetzlichen und insoweit rechtsschutzverkürzenden Bindungswirkung	160
<i>B. Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Bedarfsfestlegungen</i>	<i>163</i>
I. Ausschließlich verfassungsrechtliche Bindungen und Prüfungsmaßstäbe	163
II. Eingeschränkte Prüftiefe durch infrastrukturpolitischen Prognose- und Gestaltungsspielraum	166
III. Nichtberücksichtigung von nachträglichen Änderungen der Sachlage ..	167
<i>C. Ergebnis und Bewertung: Relativierung gesetzesformbedingter Rechtsschutzbeschränkungen</i>	<i>171</i>

Sechstes Kapitel: Rechtsschutz im Rahmen der Bundesfachplanung 175

<i>A. Rechtsschutzverlagerung nach § 15 Abs. 3 Satz 2 NABEG und ihr deklaratorischer Charakter</i>	<i>176</i>
<i>B. Rechtsschutz gegen die Bundesfachplanungsentscheidung</i>	<i>178</i>
I. Rechtsschutz Privater	178
1. Verletzung materieller Rechte	178
a) Einwand der fehlenden Erkennbarkeit individueller Betroffenheiten	178
b) Fehlende Außenrechtswirkung der Bundesfachplanung	182
aa) Keine Zulassungs- und Enteignungsvorwirkungen	182
bb) Keine unmittelbaren Sperrwirkungen	186
c) Verfassungsrechtliche Grenzen der Verfahrensgestaltung	189
aa) Gesetzgeberisches Gestaltungsermessen	190
bb) Notwendigkeit inzidenter Kontrollmöglichkeiten	191
cc) Effektivität und Rechtzeitigkeit der Inzidentkontrolle	194
d) Ergebnis	200
2. Verletzung subjektiver Beteiligungsrechte	200
a) Grundsätzliche Relativität von Verfahrensrechten	201
b) Individualschützende Zweckrichtung der Öffentlichkeitsbeteiligung	203

c) Unionsrechtsbedingte Subjektivierung zu absoluten Verfahrensrechten	207
d) Ergebnis	211
II. Rechtsschutz von Gemeinden	212
1. Rechtsschutz im Hinblick auf Betroffenheit in gemeindlichem Eigentum	213
2. Rechtsschutz im Hinblick auf Betroffenheit im Selbstverwaltungsrecht	214
a) Wehrfähige Selbstverwaltungsrechte und ihre Relevanz im Rahmen der Bundesfachplanung	214
b) Fehlende Außenrechtswirkung der Bundesfachplanung gegenüber Gemeinden	217
aa) Keine unmittelbare (Ziel-) Bindung	218
bb) Keine Bindung durch Vorrangwirkung des § 15 Abs. 1 Satz 2 NABEG	220
cc) Keine Außenrechtswirkungen durch allgemeine Rücksichtnahmepflichten	222
dd) Rechtswirkungen im Wege selbstständiger Sicherungsmaßnahmen	224
c) Beteiligungsrecht der Gemeinden als absolutes Verfahrensrecht .	225
3. Ergebnis	227
III. Rechtsschutz von Vorhabenträgern	227
1. Rechtsschutz gegen die Korridorentscheidung	227
2. Anspruch auf Bundesfachplanung	229
a) Planungsträgerschaft als maßgebendes Kriterium	229
b) Übertragungsnetzbetreiber als Planungsträger und staatlicher Einfluss	231
IV. Überindividueller Rechtsschutz von Verbänden	235
1. Bedeutung der Rechtsschutzverlagerung im Kontext der nationalen Regelungen zur Verbandsklage	235
2. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	236
a) Kein Gegenstand unionsrechtlicher Rechtsschutzgewährleistungen	236
b) Vorverlagerung des Rechtsschutzes durch unionsrechtlich vermittelten Art. 9 Abs. 3 Aarhus-Konvention?	239
aa) Keine Beschränkung auf abschließende Zulassungsentscheidungen	241
bb) Klagerechte in Abhängigkeit des Entscheidungsprogramms und subjektiver Rechtsverletzungen	242
c) Keine Klagerechte nach der Weiterentwicklung der Verbandsklagebefugnisse durch den Europäischen Gerichtshof .	244
C. <i>Mittelbare Überprüfungsmöglichkeiten der Bundesfachplanung</i>	246
I. Rechtsschutz gegen Veränderungssperren nach § 16 NABEG	246

1. Rechtsform und Anfechtbarkeit der Veränderungssperre	247
2. Inzidente Überprüfung der zugrunde liegenden Bundesfachplanungsentscheidung	251
a) Keine Anwendung von § 15 Abs. 3 Satz 2 NABEG	252
b) Rechtmäßigkeit der Bundesfachplanung als Voraussetzung für den verfassungsrechtlich geforderten Sicherungsbedarf	253
c) Umfang der inzidenten Überprüfung	255
II. Rechtsschutz gegen Antragsaufforderung nach § 12 Abs. 2 Satz 4 NABEG	258
1. Anfechtbarkeit der Antragsaufforderung	258
2. Inzidente Überprüfung der Bundesfachplanung	259
III. Ergebnis: Keine unmittelbaren Auswirkungen auf Planungsfortgang ..	261
<i>D. Ergebnis und rechtspolitische Bewertung</i>	<i>263</i>
I. Rechtsschutzkonzentration und ihre Durchbrechung	263
II. Schwächen der Rechtsschutzkonzentration	263
1. Gefahr der Verzögerung durch Entwertung planerischer Leistungen	264
2. Relativierung der Verzögerungsrisiken	267
a) Beteiligungsverfahren als Instrument umfassender und ebenengerechter Tatsachenermittlungen	267
b) Vermeidung überholter Tatsachenermittlungen durch beschränkte Geltungsdauer	268
c) Begrenzung von Fehlerfolgen durch Planerhaltungsinstrumente	269
d) Vereinfachtes Verfahren bei geringfügigen Änderungen	270
e) Parallele Verfahrensführung	271
III. Alternativen zur Rechtsschutzkonzentration	271
 Siebentes Kapitel: Rechtsschutz im Rahmen der Planfeststellung ..	275
<i>A. Anfechtung des Planfeststellungsbeschlusses</i>	<i>276</i>
I. Grundlegendes zur inzidenten Überprüfung der Vorentscheidungen ..	276
1. Inzidente Überprüfung des planrechtfertigen Bundesbedarfsplans	276
2. Inzidente Überprüfung der rahmensetzenden Bundesfachplanungsentscheidung	277
3. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtsslage	279
II. Erst- und letztinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts	280
1. Beschleunigungswirkung der Rechtswegverkürzung	280
2. Verfassungsmäßigkeit der Rechtswegverkürzung	282
a) Rechtswegverkürzung in der bisherigen Rechtsprechung	282
b) Versorgungssicherheit in Zeiten der Energiewende als sachliche Rechtfertigung	283

c) Erhöhter Begründungsaufwand für den Ausnahmecharakter der Zuweisung	284
3. Ergebnis	285
III. Anfechtungsmöglichkeiten und Prüfungsumfang	286
1. Vollüberprüfungsanspruch des Enteignungsbedingten	286
2. Subjektiv-rechtlich beschränkte Rügebefugnis von Drittbetroffenen	288
3. Subjektiv-rechtliche beschränkte Rügebefugnis von Gemeinden ...	290
4. Vollüberprüfungsanspruch von Umweltverbänden	292
IV. Ausschluss missbräuchlicher und unredlicher Einwendungen	293
V. Beschränkungen des Aufhebungsanspruchs durch den Grundsatz der Planerhaltung	296
1. Planerhaltung in der Planfeststellung	297
2. Planerhaltung in der Bundesfachplanung	298
<i>B. Ergebnis: Rechtsschutzerweiterung im Konzentrationsmodell</i>	<i>300</i>
 Achstes Kapitel: Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse ...	 303
 Literaturverzeichnis	 307
Sachregister	335

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AK	Aarhus-Konvention
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARegV	Anreizregulierungsverordnung
Art.	Artikel
AtG	Atomgesetz
Ausg.	Ausgabe
Az.	Aktenzeichen
B.	Beschluss
BauGB	Baugesetzbuch
BauR	Baurecht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
BBauG	Bundesbaugesetz
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
Bd.	Band
BDVR	Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen
Begr.	Begründer
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BR-Drucks.	Drucksache des Bundesrates
BSWAG	Bundesschienenwegeausbaugesetz
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGK	Amtliche Sammlung der Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
COM	Europäische Kommission
dena	Deutsche Energie-Agentur
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
e. V.	eingetragener Verein
ebd.	ebenda
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaften
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EnLAG	Energieleitungsausbaugesetz
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Energierecht
ER	EnergieRecht
et	Energiewirtschaftliche Tagesfragen
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EurUP	Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
ff.	folgende (Plural)
FFH	Flora-Fauna-Habitat
Fn.	Fußnummer(n)
FStrAbG	Fernstraßenausbaugesetz
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GB	Gerichtsbescheid
gem.	gemäß
GewArch.	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GV. NRW	Gesetz und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hervorh. d. Verf.	Hervorhebung durch Verfasser
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
i.E.	im Ergebnis
i.S. d.	im Sinne der/des

i.S. v.	im Sinne von
i.V. m.	in Verbindung mit
I+E	Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel
InfrPBG	Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz
IR	Infrastrukturecht
ITO	Independent Transmission Operator
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
km	Kilometer
kV	Kilovolt
Lfg.	Lieferung
lit.	Littera
LKRZ	Landes- und Kommunalrecht Hessen
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
m	Meter
m.w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatszeitschrift für Deutsches Recht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MW	Megawatt
N&R	Netzwirtschaft und Recht
n.F.	neue Fassung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer(n)
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PlfZV	Planfeststellungszuweisungsverordnung
RdE	Recht der Energiewirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
ROG	Raumordnungsgesetz
RoV	Raumordnungsverordnung
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RuR	Raumforschung und Raumordnung
S.	Satz, Seite(n)
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter

Slg.	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
StandAG	Standortauswahlgesetz
StromNEV	Stromnetzentgeltverordnung
SUP	Strategische Umweltprüfung
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz vor Lärm
Teilb.	Teilbeschluss
TH	Technische Hochschule
TKG	Telekommunikationsgesetz
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UBA	Umweltbundesamt
UGB	Umweltgesetzbuch
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
Urt.	Urteil
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
v.	von, vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerfG	Verfassungsgericht
VerkPBK	Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VkBl.	Verkehrsblatt
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwGOÄndG	Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WUW/E DE-R	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung – Deutschland Rechtsprechung
z.B.	zum Beispiel
ZfB	Zeitschrift für Bergrecht
ZfE	Zeitschrift für Energiewirtschaft
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZNER	Zeitschrift für Neues Energierecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Erstes Kapitel

Einleitung

A. Die Beschleunigung des Stromnetzausbaus als Voraussetzung der Energiewende

Das von der Bundesregierung im Jahr 2010 vorgelegte Energiekonzept sieht einen Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von einem inzwischen bereits erreichten Anteil am Bruttostromverbrauch von 31,7%¹ auf 50% im Jahr 2030 und 80% bis zum Jahre 2050 vor.² Eine effektive Nutzung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Windenergie, die hierbei auch in Zukunft den größten Anteil einnehmen soll, ist aufgrund ihrer Witterungsabhängigkeit im hohen Maße standortgebunden. Insoweit wird sich der Ausbau der Stromerzeugung zukünftig vermehrt in die windstarken Küstenregionen und auf See verlagern. So sollen etwa bis zum Jahr 2030 in Nord- und Ostsee Offshore-Windparks mit einer Gesamtleistung von 25.000 MW in Betrieb gehen.³ Da das deutsche Übertragungsnetz jedoch durch historisch gewachsene Erzeugungsstrukturen geprägt und insoweit auf die in der Regel verbrauchsnahen Atomkraft-, Stein- und Braunkohlekraftwerke ausgerichtet ist, wird die Notwendigkeit eines massiven Aus- und vor allem Neubaus von Stromtrassen gesehen, um den Strom aus den Windparks im Norden über große Distanzen in die Verbraucherzentren nach Süden transportieren zu können.⁴

Neben diesem Nord-Süd-Gefälle wird auch die wachsende dezentrale Stromerzeugung und -einspeisung durch einzelne Windenergieanlagen, Biomassekraftwerke, Photovoltaikanlagen und sonstige regenerative Erzeugungsanlagen die Netzinfrastruktur vor Herausforderungen stellen. Das Verteilernetz, das grundsätzlich dem Transport des Stroms von der vorgelagerten Übertra-

¹ BMWi, Erneuerbare Energien, 2017, S. 4.

² Bundesregierung (BMU, BMWi), Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, 2010, S. 4f.; siehe auch die Zielsetzung aus § 1 Abs. 2 EEG.

³ Bundesregierung (BMU, BMWi), Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, 2010, S. 8; vgl. auch Nr. 2.3 und 3.5.2. der Anlage der Verordnung über die Raumordnung in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in der Nordsee vom 21.09.2009 (BGBl. I, S. 3107) und der Verordnung über die Raumordnung in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in der Ostsee vom 10.12.2009 (BGBl. I, S. 3861).

⁴ Bundesregierung (BMU, BMWi), Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, 2010, S. 18.

gungsnetzebene in das Niederspannungsnetz zur Versorgung der Endverbraucher dient, muss zur Integration dieser Anlagen ausgebaut und für Stromflüsse in zwei Richtungen ausgerichtet werden.⁵ So muss bei regionalen Erzeugungsgespässen Strom über das Übertragungsnetz in die Verteilerebene eingespeist werden, während es bei Überproduktionen zu Rückspeisungen in höhere Spannungsebenen kommt, um den überschüssigen Strom abtransportieren zu können. Diese stark witterungsbedingten regionalen und periodischen Erzeugungsunterschiede müssen hierbei durch überregionale Stromflüsse ausgeglichen werden und betreffen damit zugleich die Transportkapazitäten auch auf der Übertragungsnetzebene.

Die Veränderungen in der Erzeugungsstruktur und der damit begründete Ausbaubedarf der Netzinfrastruktur werden durch den unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima⁶ beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergienutzung erheblich verstärkt. Die schrittweise Abschaltung der verbliebenen deutschen Kernkraftwerke im Rahmen der Energiewende bis zum Jahr 2022 erfordert mit Blick auf die Versorgungssicherheit einen zum Ausgleich notwendigen Zuwachs erneuerbarer Energien. Die Entwicklung hin zu einer sich vom Verbrauchsort entfernenden Stromerzeugung und einer zunehmend fluktuierenden Einspeisung wird sich damit weiter beschleunigen.

Diese nationalen Herausforderungen sind zum Teil auch europäischen Ursprungs. So sieht die Europäische Union vor dem Hintergrund ihres klimapolitischen Zieles einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber 1990 bis zum Jahr 2030 ebenso die Notwendigkeit eines massiven Netzausbaus, um den aus erneuerbaren Energieträgern erzeugten Strom transportieren und Schwankungen ausgleichen zu können.⁷ Neben diesen europäischen Klimaschutzbemühungen ist der europaweite Netzausbau jedoch vor allem zentrale Voraussetzung für die angestrebte Schaffung eines gemeinsamen Strombinnenmarktes.⁸ Einen ersten Schritt bildete dazu das 2009 beschlossene Dritte Energiebinnenmarktpaket,⁹ mit dem die Europäische Union Vorgaben für einen

⁵ BMWi, BMU, *Energiewende auf gutem Weg: Zwischenbilanz und Ausblick*, 2012, S. 6; *Steinbach/Franke*, in: dies. (Hrsg.), *NABEG/EnLAG/EnWG/BBPIG/PlfZB*, 2. Aufl. 2017, Einl. Rn. 4; zum durch Dezentralisierung bedingten Funktionswandel der Verteilernetze vgl. auch *Pielow*, in: *Gundel/Lange* (Hrsg.), *Der Umbau der Energienetze als Herausforderung für das Planungsrecht*, 2012, S. 121 (124 ff.); *Müller-Kirchenbauer/Leprich*, *EnWZ*, 2013, 99 ff.; aus Sicht der Netzbetreiber *Jendernalik*, in: *Kment* (Hrsg.), *Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien*, 2013, S. 1 ff.

⁶ Insgesamt zu den „katastrophenbedingten“ energiepolitischen Folgen näher *Wellenhofer*, *Energiepolitik in Deutschland nach Fukushima*, 2012.

⁷ COM (2010) 677 final, *Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020 und danach – ein Konzept für ein integriertes europäisches Energienetz*, S. 6.

⁸ COM (2014) 15 final, *Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020–2030*, S. 14; *Durner*, *NuR* 2012, 369 (369); *Kment*, *RdE* 2011, 341 (342); hierzu auch *BT-Drucks. 17/6073*, S. 17.

⁹ Für den Strombereich bestehend aus RL 2009/72/EG des europäischen Parlaments und

internationalen Netzzugang geschaffen und damit den grenzüberschreitenden Stromhandel innerhalb der Union vorangetrieben hat. Dabei kommt Deutschland aufgrund seiner geografischen Lage eine besondere Bedeutung als Transitland im europäischen Verbundnetz für die europaweite Systemstabilität zu.¹⁰

Die deutsche Energieagentur hat bereits im Jahr 2010 im Hinblick auf die damaligen energiepolitischen Ziele – also unter Berücksichtigung des ursprünglichen „rot-grünen“ Atomausstiegsbeschlusses – einen Ausbaubedarf des Übertragungsnetzes in Höhe von 3.600 km bis zum Jahr 2020 ermittelt.¹¹ Der Anfang 2012 von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegte Entwurf eines ersten Netzentwicklungsplans übersteigt diese Prognose sogar und beziffert die bis 2022 zu errichtenden Leitungen auf der Übertragungsebene mit einer Gesamtlänge von bis zu 4.500 km.¹²

Allerdings hat die Bundesnetzagentur in bezeichnender Kontinuität auf diesbezügliche Planungsrückstände hingewiesen und vor den daraus resultierenden Gefahren für die Versorgungssicherheit gewarnt.¹³ Eine Ursache für diese Verzögerungen sah der Gesetzgeber insbesondere in den geltenden planungsrechtlichen Rahmenbedingungen.¹⁴ Da der Netzausbau im beschriebenen Umfang und vor allem im gebotenen Zeitrahmen aus seiner Sicht trotz vielfacher Beschleunigungsbemühungen¹⁵ nicht mit den bisherigen Regelungen zu verwirklichen sei, wurde im Rahmen des im Juli 2011 verabschiedeten Energiewende-

Rates vom 13.07.2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der RL 2003/54/EG (ABl. L 211, S. 55); Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des europäischen Parlaments und Rates vom 13.07.2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der VO (EG) Nr. 1228/2003 (ABl. L 211, S. 15); Verordnung (EG) Nr. 713/2009 des europäischen Parlaments und Rates vom 13.07.2009 zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ABl. L 211, S. 1).

¹⁰ Scherer, NVwZ 2010, 1321 (1322); Appel, UPR 2011, 406 (407); Lange, EWS Die erste Seite 2012, Nr. 4 sieht hier Konfliktpotential, da die EU anders als Deutschland nicht Nord-Süd, sondern schwerpunktmäßig West-Ost Verbindungen im Blick hat; hierzu auch Durner, in: Schlacke/Schubert (Hrsg.), Energie-Infrastrukturrecht, 2015, S. 87 (110).

¹¹ Dena, dena Netzstudie II, Integration erneuerbarer Energien in die deutsche Stromversorgung im Zeitraum 2015–2020 mit Ausblick auf 2025, 2010, S. 14.

¹² Netzentwicklungsplan Strom 2012, 2. überarbeiteter Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber, 2012, S. 130, der Ausbaubedarf bezieht sich auf das Leitszenario und umfasst den Trassenneubau (1.700 km) sowie den Leitungsneubau in bestehenden Trassen (2.800 km).

¹³ BNetzA, Monitoringbericht 2009, S. 134 f.; dies., Monitoringbericht 2010, S. 23 f.; dies., Bericht zur Auswertung der Netzzustands- und Netzausbauberichte der deutschen Übertragungsnetzbetreiber, 2011, S. 40 ff.; dies., Auswirkungen des Kernkraft-Moratoriums auf die Übertragungsnetze und die Versorgungssicherheit, 2011, S. 36 f.; dies., Monitoringbericht 2012, S. 44 ff.

¹⁴ Zu den Defiziten der bisherigen Regelungen *Calliess/Dross*, JZ 2012, 1002 (1003); SRU, Wege zur 100% erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten 2011, S. 311 f.

¹⁵ Etwa durch das Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben vom 09.12.2006 (BGBl. I, S. 2833), hier insbesondere Art. 7, vgl. dazu *Schneller*, DVBl. 2007, 529 ff.; sowie durch das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze vom 21.08.2009 (BGBl. I, S. 28709); vgl. dazu nur *Gramlich*, LKV 2008,

paketes¹⁶ durch Neuregelungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und den Erlass des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz (NABEG) ein neues mehrstufiges Planungsregime geschaffen, das der notwendigen Beschleunigung Rechnung tragen soll. Mit den zum Teil auf Vorschläge des Sachverständigenrates für Umweltfragen zurückgehenden Regelungen¹⁷ soll der Zeitraum für die Planungs- und Zulassungsverfahren von derzeit bis zu zehn auf vier bis fünf Jahre mehr als halbiert werden.¹⁸ Neben der Einführung einer vorgeschalteten Bedarfsplanung und umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligungen soll unter anderem auch eine bindende Grobtrassierung im Vorfeld der Planfeststellung für Leitungen mit überregionaler Bedeutung sowie eine Bündelung der Zuständigkeiten bei der Bundesnetzagentur zu dieser ambitionierten Beschleunigung der Verfahren beitragen. Diese verschiedenen Beschleunigungsinstrumente und deren konkrete Ausgestaltungen sind allerdings hinsichtlich ihrer Effektivität Gegenstand kontroverser Diskussionen und werden teilweise kritisch sowie in ihren Beschleunigungspotentialen als überschätzt bewertet.¹⁹ In der

530 ff., m. w. N.; allgemein zu Beschleunigungsbemühungen im Umwelt- und Planungsrecht, insbesondere auch zur ökonomischen Hintergründen *Gavel*, DÖV 1999, 281 ff.

¹⁶ Bestehend aus Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vom 28.07.2011 (BGBl. I, S. 1634); Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze vom 28.07.2011 (BGBl. I, S. 1690); Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 26.07.2011 (BGBl. I, S. 1554); Erstes Gesetz zur Änderung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1512); Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1509); Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ vom 29.07.2011 (BGBl. I, S. 1702) und Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 31.07.2011 (BGBl. I, S. 1704).

¹⁷ SRU, Wege zur 100% erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten 2011, S. 295 ff., insb. 312 ff.; vgl. dazu *Calliess/Dross*, JZ 2012, 1002 (1003 f.).

¹⁸ BT-Drucks. 17/6073, S. 6; zu der bisherigen Verfahrensdauer *Schneller*, DVBl. 2007, 529 (530); *Jarass/Obermair*, ZfE 2005, 47 (49).

¹⁹ Vgl. etwa *Appel*, UPR 2011, 406 (414 f.); *Durner* DVBl. 2011, 853 (858 ff.); *ders.*, in: Ziekow (Hrsg.), Handbuch des Fachplanungsrechts, 2. Aufl. 2014, § 22 Rn. 7; *Beckmann*, VR 2011, 365 (365 ff.); *ders.*, UPR 2013, 331 (331 ff.). Diese aufkommende rechtspolitische Kritik dürfte nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass vor Verabschiedung des Gesetzespaktes angesichts des mehr als zügigen Gesetzgebungsverfahrens einer der Bedeutung dieses Infrastrukturprojektes gerecht werdenden Diskussion nicht nachgekommen werden konnte. Das nach Vorlage eines ersten Eckpunktepapiers durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie lediglich dreimonatige – und sofern man nur die parlamentarischen Beratungen berücksichtigt nicht einmal einmonatige – Verfahren entsprach damit einem in Zeiten von „Euro- und Bankenrettung“ scheinbar üblichen, aber bedenklichen Trend einer übereilten Gesetzgebung, vgl. hierzu die Darstellung des Gesetzgebungsverfahrens und Kritik bei *Schoenenbroicher*, *Publicus* 2011.11, 8 (9); *Durner*, NuR 2012, 369 (369) „Gesetzgebung im Beschleunigungsrausch“; *Gärditz*, ZfU 2012, 249 (272 f.); *Danner*, EnWZ 2012, 66 (68 f.). Vgl. aber auch die diesbezügliche Selbstkritik des damaligen Bundestagsvizepräsidenten *Thierse*, der zum Abschluss der letzten Bundestagssitzung der 17. Legislaturperiode unter protokollierter Zustimmung des gesamten Plenums im Interesse „eines guten Parlamentarismus“ und des „Primats (...) demokratischer Politik“ forderte, sich dem „Beschleunigungsdruck von Märk-

Folge wurden am Gesetz – schon bevor es erstmalig überhaupt zur Anwendung kam – Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen.²⁰

B. Bedeutung des Rechtsschutzes in den beschleunigten und mehrstufigen Netzausbauplanungen

Neben den genannten Instrumenten kommt ebenso der Ausgestaltung des Rechtsschutzes eine zentrale Bedeutung für die Beschleunigung der Planungen zu. Bereits die Beschleunigungsgesetzgebung der letzten Jahrzehnte im Infrastrukturbereich beschränkte sich nicht nur auf die planungs- und verfahrensrechtliche Materie, sondern sah vor allem im Rechtsschutz Gründe für Verzögerungen und knüpfte dort gleichermaßen an.²¹

Auch die Beschleunigung des Stromnetzausbaus wird nicht zuletzt von den Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Planungen abhängen. Wenngleich die Öffentlichkeit und die verschiedenen Interessenvertreter – als eine der Lehren aus den Konflikten um das Bahnprojekt Stuttgart 21 – zwecks Akzeptanzschaffung innerhalb der Planungsverfahren in hohem Maße beteiligt werden, ist mit erheblichen Klagewellen seitens der Beteiligten zu rechnen, die die Planungen erheblich verzögern und damit die Umsetzung der Energiewende gefährden können. So zeigen die Erfahrungen, dass heutzutage nahezu kein Infrastrukturgroßvorhaben ohne vorherige gerichtliche Überprüfung verwirklicht wird. Der damit praktisch bestehende „Justizvorbehalt“²² resultiert im Bereich der Netzausplanungen aus einer Reihe verschiedener, zum Teil widerstreitender Individual- und Kollektivinteressen, die im Spannungsverhältnis zum Gemeinwohlinteresse an einer „umweltschonenden, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung“²³ stehen können und auf eine gerichtliche Konfliktbewältigung drängen.²⁴

ten und Medien“ „mehr und energischer, als es in den vergangenen Jahren verschiedentlich der Fall war“ zu widersetzen, Plenarprotokoll 17/253 v. 03.09.2013, 32667; zur Beschleunigung der parlamentarischen Entscheidungsfindung sowie den daraus folgenden Gefahren für ihre Qualität und Legitimität auch *Korte*, APuZ 7/2012, 21 ff.

²⁰ Vgl. insbesondere Art. 6 des Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus vom 21.12.2015 (BGBl. I, S. 2460); dazu *Schirmer*, DVBl. 2016, 285 ff. sowie zuletzt Art. 2 des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfes eines Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus vom 28.01.2019 (vgl. BT-Drucks. 19/7375).

²¹ Vgl. *Schlacke*, Umweltrecht, 7. Aufl. 2019, § 6 Rn. 24 ff.; *Erbguth*, Zur Vereinbarkeit der jüngeren Deregulierungsgesetzgebung im Umweltrecht mit dem Verfassungs- und Europarecht, 1999, S. 58.

²² *Kloepfer*, NVwZ 2002, 645 (652); *ders.*, VerwArch. 1985, 371 (371); ähnlich bereits *Ossenbühl*, DVBl. 1978, 1 ff.; zur „generellen Streit anfälligkeit von Großprojekten“ auch *Burgi/Durner*, Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, S. 147 ff.

²³ So der Titel des Energiekonzepts der Bundesregierung.

²⁴ Vgl. allgemein zu multipolaren Konfliktlagen im (Fach-) Planungsrecht, *Schmidt-Preuß*,

Trotz mehrheitlicher Zustimmung zum Atomausstieg und zum grundsätzlichen Ziel einer Energiewende stoßen die dafür notwendigen Infrastrukturprojekte in der Bevölkerung zunehmend auf Widerstand.²⁵ Die Akzeptanzprobleme rühren beim Netzausbau vor allem aus dem Umstand, dass in betroffenen Regionen regelmäßig kein unmittelbarer bzw. eigener Nutzenzuwachs durch die Anlagen spürbar wird.²⁶ Den gesamtgesellschaftlichen Nutzen überwiegen aus Sicht des Einzelnen vielmehr befürchtete Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung auf die Gesundheit oder die Verschandelung des Landschaftsbildes durch teilweise bis zu 60m hohe „Monstermasten“. Beides Aspekte, die nicht nur einen objektiven Werteverlust betroffener Grundstücke befürchten lassen, sondern die auch das menschliche Wohlempfinden betreffen und insofern zu einer gesteigerten Klagebereitschaft führen können. Hinzu tritt der Befund, dass der Rechtsschutz durch eine starke Ideologisierung oftmals auch als Mittel zur Fortsetzung der politischen Auseinandersetzungen vor Ort instrumentalisiert wird.²⁷ Der wachsende Protest der in diesem Zusammenhang abschätzig, weil irrationale Motive unterstellt, als *Wutbürger*²⁸ bezeichneten Betroffenen gegen Infrastrukturprojekte wird daher zunehmend vor den Gerichten ausgetragen.

Zu erwarten ist gerichtlicher Widerstand gegen einzelne Planungen aufgrund der erheblichen Auswirkungen auf Landschaft und Natur²⁹ zudem von Naturschutz- und vor allem Umweltverbänden, deren Klagerechte zuletzt durch die

in: Erbguth/Oebbecke/Rengeling/Schulte (Hrsg.), Planung, 2000, S. 1071 (1071 f.) sowie umfassend *ders.*, Kollidierende Privatinteressen im Verwaltungsrecht, 2. Aufl. 2005, S. 1 ff.

²⁵ Vgl. *Althaus*, in: TH Wildau (Hrsg.), Wissenschaftliche Beiträge 2012, S. 103, (104 f.) mit Verweis auf eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2011; zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Erneuerbaren Energien siehe auch SRU, Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten 2011, S. 281 f.

²⁶ Vgl. hierzu SRU, Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten 2011, S. 285 und 325; näher zu dem als „NIMBY-Güter“ bezeichneten Phänomen *Scheele*, IR 2012, 247 (248); *Althaus*, in: TH Wildau (Hrsg.), Wissenschaftliche Beiträge 2012, S. 103 (108).

²⁷ Vgl. etwa *Kloepfer*, VerwArch. 1985, 371 (377); zur Politisierung der Netzausbauverfahren *Steinbach*, in: *ders./Franke* (Hrsg.), NABEG/EnLAG/EnWG/BBPig/PlfzV, 2. Aufl. 2017, Einl. Rn. 45.

²⁸ Der Begriff *Wutbürger* wurde im Jahr 2010 von der Gesellschaft der deutschen Sprache zum Wort des Jahres gewählt: „Diese Neubildung wurde von zahlreichen Zeitungen und Fernsehsendern verwendet, um einer Empörung in der Bevölkerung darüber Ausdruck zu geben, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden. Das Wort dokumentiert ein großes Bedürfnis der Bügerrinnen und Bürger, über ihre Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten zu haben.“ Siehe <http://www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/171210-wort-des-jahres-2010/> (zuletzt abgerufen am 10.04.2019).

²⁹ Zu den vielfältigen Auswirkungen vgl. *Heinrich*, in: Deutscher Rat für Landschaftspflege e. V./Bund Heimat und Umwelt e. V. (Hrsg.), Anforderungen an den Um- und Ausbau des Höchstspannungsnetzes – aus Sicht von Naturschutz und Kulturlandschaftspflege, 2013, S. 113 ff.

europäische und im Nachgang durch die nationale Rechtsprechung erheblich erweitert wurden. Auch hier lässt sich eine Politisierung des Rechtsschutzes zwar nicht leugnen, dennoch weisen – teils umstrittene – empirische Studien darauf hin, dass die Verbände von ihren Klagemöglichkeiten bisher maßvoll Gebrauch machen und insgesamt „die Realisierbarkeit von Infrastrukturvorhaben (...) nicht ernsthaft in Frage steht“.³⁰ Entscheidend ist aber vor allem, inwieweit die Verbände die Bedeutung der Netzinfrastruktur für den von ihnen unterstützten Ausbau der Erneuerbaren Energien anerkennen. Wenngleich dies im Grundsatz geschieht und sie insoweit auch Kompromissbereitschaft ihrerseits für erforderlich halten,³¹ haben sie sich klar dahingehend positioniert, „die Notwendigkeit neuer Leitungen so weit wie möglich zu minimieren und beim verbleibenden Neubaubedarf die Einwirkungen auf Mensch und Natur zu reduzieren“.³²

Weitere Verzögerungen können von Klagebegehren der Kommunen ausgehen, die sich in ihren örtlichen Planungen beeinträchtigt sehen und Auswirkungen auf die Attraktivität ihres Gemeindegebietes fürchten. Auch hier wirkt sich in besonderer Weise aus, dass die Stromnetze den Anliegergemeinden im Gegensatz zu anderen Infrastrukturprojekten keinerlei unmittelbaren Nutzen bringen. Daran vermögen auch die zur Schaffung von Akzeptanz im Rahmen der Entgeltregulierung zu berücksichtigenden³³ und damit zwar gesetzlich anerkannten, aber nicht verpflichtenden³⁴ Ausgleichszahlungen der Netzbetreiber an betroffene Kommunen nur bedingt etwas ändern.

Nicht zu vernachlässigen sind zudem Rechtsschutzinteressen der Netzbetreiber, die beim Netzausbau nunmehr mit erheblichen Pflichten belastet werden und daher nicht mehr autonom im Sinne eines freien Marktverhaltens über Investitionen in die Netzinfrastruktur entscheiden können.³⁵

³⁰ Schmidt, NuR 2008, 544 (553), mit Verweis auf Schmidt/Zschesche/Mischek/Ludorf, Die Entwicklung der naturschutzrechtlichen Verbandsklage von 2002 bis 2006 – Abschlussbericht der empirischen Untersuchung im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz, 2007; siehe auch Seibert, NVwZ 2013, 1040 (1048 f.); Bruckert, NuR 2015, 541 (542), „Unbegründetheit der Angst vor Überlastung der Gerichte“; zu den Erfahrungen mit Umweltverbandsklagen ausführlich auch Schmidt/Schrader/Zschesche, Die Verbandsklage im Umwelt- und Naturschutzrecht, 2014, Rn. 469 ff.

³¹ Vgl. NABU, Planlos in die Energiewende? Wie gehen wir mit den Auswirkungen auf Natur und Landschaft um?, 2012, S. 1.

³² So NABU, Umbau der Stromversorgungsinfrastruktur zur Integration der erneuerbaren Energien, 2011, S. 4; ähnlich BUND/Greenpeace, 1 Jahr Energiewende – eine Bilanz, 2012, S. 8.

³³ Vgl. § 5 Abs. 4 StromNEV sowie § 11 Abs. 2 Nr. 8 b) ARegV; näher hierzu Scheele, IR 2012, 247 (250); Lüdemann/Große Gehling, EnWZ 2016, 147 ff.; Guckelberger, in: Kment (Hrsg.), Netzausbau zugunsten Erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (85 ff.); kritisch Grigoleit/Weisensee, UPR 2011, 401 (405 f.); Becker, in: Posser/Faßbender (Hrsg.), Praxishandbuch Netzplanung und Netzausbau, 2013, Kap. 6 Rn. 126 f.: „Köderprämie“, „Leitungswegezoll“.

³⁴ Vgl. den weitergehenden Antrag Brandenburgs, BR-Drucks. 394/2/11, S. 1 f., wonach die Netzbetreiber zu Ausgleichszahlungen verpflichtet werden sollten.

³⁵ Vgl. dazu etwa Kment, RdE 2011, 341 (344 f.); ders., ZVgIRWiss 2013, 123 ff.

All diese Betroffenheiten werden regelmäßig zwar erst mit zunehmendem und konkreter werdendem Planungsfortschritt erkennbar, dennoch ist den potentiellen Klägern zur wirksamen Durchsetzung ihrer Interessen daran gelegen, sich mit Blick auf rechtliche, aber auch faktische Vorwirkungen vorgelagerter Planungsentscheidungen möglichst frühzeitig gegen die Planungen zur Wehr setzen zu können. Dies schließt neben frühen und kontinuierlichen Partizipationsmöglichkeiten während der Planungsverfahren vor allem auch effektiven gerichtlichen Rechtsschutz ein. Die Effektivität des Rechtsschutzes ist dies betreffend insbesondere auch eine Frage seines Zeitpunktes.³⁶ Für die Betroffenen ist daher von großer Bedeutung, ob und in welchem Umfang bereits die der Vorhabenzulassung vorgelagerten Planungsstufen einer gerichtlichen Kontrolle zugänglich sind.

Vor diesem Hintergrund ist das zentrale Anliegen der folgenden Arbeit die Untersuchung und Bewertung der Rechtsschutzmöglichkeiten im Rahmen des mehrstufigen Planungsprozesses des von den Neuregelungen erfassten Stromnetzausbaus. Um Gefahren einer frühzeitigen Hemmung und Verzögerungen bei der Planverwirklichung zu verhindern, verfolgt das Planungsregime des Energiewirtschaftsgesetzes und des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes allerdings ein – bereits aus anderen Planungssystemen bekanntes und insoweit das Planungsrecht weitgehend prägendes³⁷ – Konzept eines auf die letzte Planungsstufe konzentrierten Rechtsschutzes. Insbesondere muss daher der Frage nachgegangen werden, ob und gegebenenfalls inwieweit entgegen dieser beabsichtigten Rechtsschutzkonzentration bereits auf vorgelagerten Planungsstufen Rechtsschutz zu eröffnen ist. Scheint die Beantwortung durch entsprechende Regelungen im Energiewirtschaftsgesetz und im Netzausbaubeschleunigungsgesetz auf den ersten Blick zu Lasten eines solchen phasenspezifischen Rechtsschutzes vorgezeichnet, gilt es zu untersuchen, ob Vorgaben höherrangigen Rechts diesen gesetzgeberischen Entscheidungen entgegenstehen.

Neuartige Instrumente zur Bedarfsermittlung und eine Aufwertung der vorgelagerten Korridorplanung machen hierbei ebenso wie neue Impulse aus der Rechtsprechung, insbesondere im Bereich der Verbandsklagerechte, eine Neubewertung des konzentrierten Rechtsschutzes erforderlich. Klärungsbedarf ergibt sich neben der grundlegenden Rechtsschutzkonzeption aber auch im Hinblick auf weitere Beschleunigungsinstrumente, die in Tradition der bisherigen Beschleunigungsgesetzgebung auf eine Verkürzung des Rechtsschutzes zielen.³⁸ Darüber hinaus werden durch neugeschaffene Befugnisse der Planungs-

³⁶ *Erbguth*, NVwZ 2005, 241 (242).

³⁷ Vgl. *Steinberg/Wickel/Müller*, Fachplanung, 4. Aufl. 2012, § 7 Rn. 22; *Hoppe/Schlarman/Buchner/Deutsch*, Rechtsschutz bei der Planung von Verkehrsanlagen und anderen Infrastrukturvorhaben, 4. Aufl. 2011, Rn. 393.

³⁸ Vgl. zur Energieinfrastruktur etwa *Holznapel/Nagel*, DVBl. 2010, 669 (671 f.).

behörden im Rahmen des Planungsprozesses und durch Verpflichtungen der Vorhabenträger eine Reihe weiterer neuer Rechtsschutzfragen aufgeworfen.

Zudem bestimmt sich der Rechtsschutz nicht mehr nur nach rein nationalen Maßstäben, sondern ist zunehmend unions- und durch die Aarhus-Konvention auch völkerrechtlichen Einflüssen ausgesetzt, die durch eine weite Zugangsgewährleistung den nationalen Beschleunigungstendenzen entgegenstehen und insoweit weiterhin zu klärendes Konfliktpotential bergen.

C. Gang der Untersuchung

Zunächst soll im folgenden 2. Kapitel das neue Planungssystem im Überblick vorgestellt und dem bisherigen Regelungsrahmen gegenüber gestellt werden. Insbesondere wird auf den Anwendungsbereich, verfahrensrechtliche Vorgaben, den Zweck und den Inhalt der einzelnen Planungsstufen sowie deren Verzahnung mit den jeweils nachfolgenden Stufen einzugehen sein.

Anschließend sollen im 3. Kapitel die allgemeinen Vorgaben zum Gerichtszugang und zum Kontrollmaßstab der verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzverfahren dargestellt werden. Befasst wird sich mit den Grundlagen des Individualrechtsschutzes, der Verbandsklagen und des Beschwerdeverfahrens nach dem Energiewirtschaftsgesetz. Um die Grundlage der mit dieser Arbeit verfolgten Untersuchung zu schaffen, liegt dabei besonderes Augenmerk auf den jeweiligen Anforderungen für den Rechtsschutz in mehrstufigen Planungen. Hierbei werden zudem die unions- und völkerrechtlichen Einflüsse sowie deren Auswirkungen auf das nationale Prozessrecht zu berücksichtigen sein.

In den Kapiteln 4 bis 7, den Hauptteilen der Arbeit, können dann unter Berücksichtigung der herausgearbeiteten prozessrechtlichen Direktiven und den an dieser Stelle näher zu betrachtenden Wirkungen der jeweiligen Planungsentscheidungen die Rechtsschutzmöglichkeiten auf den einzelnen Stufen für Bürger, Gemeinden, Übertragungsnetzbetreiber sowie Naturschutz- und Umweltverbände untersucht werden. Ausgehend von etwaigen Ausschlussregelungen des Energiewirtschaftsgesetzes und des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes sind deren Vereinbarkeit mit verfassungs- und unionsrechtlichen Vorgaben zu prüfen und die konkreten Voraussetzungen des Gerichtszugangs sowie der Umfang der gerichtlichen Kontrolle aufzuzeigen.

Die Arbeit schließt mit einer theseartigen Zusammenfassung der Ergebnisse im 8. Kapitel.

Sachregister

- Aarhus-Konvention
 - Allgemein 9, 36, 39, 114, 209
 - Art. 9 Abs. 2 37, 41 ff., 45 ff., 244 f., 305
 - Art. 9 Abs. 3 43 ff., 47, 90, 113 ff., 239 ff., 293, 295, 305
- abdrängende Sonderzuweisung 28, 62 f., 68, 90, 106
- abstrakte Normenkontrolle 143, 156 f.
- Abwägungsgebot
 - Abwägungskontrolle 193, 287, 289 f., 290 f.
 - ebenenspezifische, s. dort
 - i. R. d. Bauleitplanung 222 ff., 226, 304
 - i. R. d. Bundesfachplanung 19, 20, 21, 148 f., 180, 184, 188 f., 229 f., 232 ff., 257, 277, 279, 288, 289 f., 292, 298 f.
 - i. R. d. Planfeststellung 24, 145, 148 f., 215, 265, 287, 289
 - i. R. d. Raumordnungsziele 188 f., 290
 - private Belange 20, 24, 180, 184, 189, 290 f.
- Allgemeinverfügung 74, 105, 248 ff.
- Alternativenprüfung
 - i. R. d. Bundesfachplanung 19, 20, 233 f.
 - i. R. d. Netzentwicklungsplanung 121
- Änderungsverlangen 21, 116, 118, 119 ff., 124, 125, 129 ff., 133, 135
- Anfechtungsbeschwerde 49 ff., 54 f., 59, 71, 74, 77 f., 92, 95 f., 107, 124, 126, 128, 131, 132
- Anfechtungslast 133, 135, 272 f., 303
- Antragsaufforderungen
 - Allgemein 7, 173
 - i. R. d. Bundesfachplanung 134, 154 f., 159, 168, 171, 174, 304
 - i. R. d. Planfeststellung 228 f., 246, 258 ff., 275, 305
- Antragsbindung, fehlende 20, 227, 232, 233
- Antragskonferenz
 - i. R. d. Bundesfachplanung 20, 203 ff., 234, 268, 270
 - i. R. d. Planfeststellung 23
- Antragsverfahren 93, 128, 232, 234
- Arbeitsentwurf des NABEG 187, 218, 272
- Ausbaupflichten, s. Betreiberpflichten der ÜNB
- Außenbereich, bauplanungsrechtlicher 187 ff.
- Bauleitplanung 215, 218, 219, 222 ff., 226, 230, 257, 304
- Beiladung
 - Beiladungsfähigkeit 87 f.
 - Ermessen 50, 51, 78, 80, 82 ff., 85
 - Interessenberührung 79 ff., 82, 84, 85 f., 112
 - notwendige Beiladung 51 f., 87 f.
 - Rechtsfolge, s. Beschwerdebefugnis
 - verfahrensrechtlicher Zweck 51, 52, 78, 80, 83 f.
- Beschwer
 - Allgemein 50, 52 ff.
 - formelle Beschwer 53, 94, 95, 120, 129 f., 133
 - materielle Beschwer 54, 55, 77, 85 ff., 89, 94, 120, 128 f., 132
- Beschwerdebefugnis gem. § 75 EnWG
 - formalisierte Anfechtungsbefugnis 50 ff., 53, 54, 59, 70, 77 ff., 82, 84, 87, 89, 120
 - materielle Beschwerdebefugnis 52, 53, 87 ff.
 - Verpflichtungsbefugnis 55, 94 f., 129

- Beschwerdeverfahren 9, 48 ff., 62 ff., 88, 104, 108, 259
- Besitzeinweisung, vorzeitige 24
- Betreiberpflichten der ÜNB
- allgemeine Netzausbaupflicht 12, 64, 66, 67, 99, 117, 153 f., 174, 232, 259
 - Konkretisierung durch Netzentwicklungsplanung 66, 67, 99, 107, 117, 126, 132 f.
- Bundesbedarfsplan (-gesetz)
- Allgemein 12 f., 17 f., 67, 68, 108, 115, 141, 231
 - Bindungswirkung 18, 136, 141, 144 ff., 152 ff., 172, 272, 303 f.
 - Gesetzesform 141 ff., 171 ff., 303 f.
 - inzidente Kontrolle 157 ff., 171, 272 f., 288, 291
 - Kennzeichnung der Vorhaben 17, 19, 22, 155
 - Prognose- und Gestaltungsspielraum 163, 166 f., 171, 173 f., 276, 304
 - Rechtsschutz von Eigentümern 144 ff., 171, 288, 303 f.
 - Rechtsschutz von Gemeinden 149 ff., 171, 291, 303 f.
 - Rechtsschutz von Übertragungsnetzbetreibern 152 ff., 171, 304
 - Regelungsgegenstand, (beschränkter) 18, 144 f., 151 f., 160 ff., 172, 277, 285
 - Verfahren 16, 17 f., 111 f., 136 f.,
 - verfassungsrechtlicher Prüfungsmaßstab 163 ff., 171 f.
- Bundesfachplanung
- Abwägung 19, 20, 21, 148 f., 180, 184, 188 f., 229 f., 232 ff., 257, 277, 279, 288, 289 f., 292, 298 f.
 - Antragskonferenz 20, 203 ff., 234, 268, 270
 - Anwendungsbereich 18 f., 155, 285
 - Außenwirkung, fehlende/Verwaltungsinternum 21, 177 f., 182 ff., 189 f., 191, 202, 211, 214, 217 ff., 225, 227 ff., 235, 247, 252 f., 260, 263, 272, 304 f.,
 - Beteiligungsrecht der Gemeinden 225 f.
 - Bindungswirkung 20 f., 24, 175, 183, 184, 194, 198 f., 206, 210, 219, 255, 264, 265 f., 267 f., 269, 277, 290, 304, 305
 - Geltungsdauer 200, 268 f., 305
 - Öffentlichkeitsbeteiligung 23, 180, 188 f., 205 ff., 211, 267 f., 270
 - Planungsträger 231 ff.
 - Rechtsschutz von Eigentümern 178 ff., 263, 304
 - Rechtsschutz von Gemeinden 212 ff., 263, 304
 - Rechtsschutz von Umweltverbänden 235 ff., 263, 305
 - Rechtsschutz von Vorhabenträgern 227 ff., 260 f., 263, 305
 - vereinfachtes Verfahren 211, 270 f., 305
 - Vorrangwirkung 21, 220 ff., 227
- Compliance-Committee 42, 239 f., 245
- Drittsschutz (s. auch Schutznormtheorie) 42, 112, 286, 288 f., 292
- Durchsetzungsmaßnahmen nach § 65a EnWG 16, 61, 63, 66, 100, 116, 118, 119, 131 ff., 154, 232
- ebenesspezifische Abwägung 20, 180, 268, 290
- Effektivität des Rechtsschutzes 8, 28, 52, 57, 168, 194 ff., 226, 240, 301, 305
- Effektivitätsgebot, unionsrechtliches 34 ff., 37, 44, 58, 117 f., 208, 209, 226, 242 f.
- Eilrechtsschutz 106 f., 124
- Elektrizitätsbinnenmarktlinie 58, 64 f., 104 f., 116, 117 f., 123, 131 f.
- Energieleitungsausbaugesetz 12 f., 24, 143, 144, 153, 160 ff., 170, 174, 262, 280 f., 283
- Energiewende 1 ff., 5 f., 13, 156, 169, 199, 281, 283 f.
- Enteignung 24, 181, 182, 192, 197 f., 286, 288
- enteignungsrechtliche Vorwirkung 145, 184 f., 286, 288, 306
- Enteignungsverfahren, vorzeitiges 24 f.
- Erdkabel 22, 160, 172, 181, 182, 185, 217

- Erkennbarkeit von Betroffenen 110, 178 ff., 214, 216 f., 273, 275, 296
- Erst- und letztinstanzliche Zuständigkeit des BVerwG 261 f., 280 ff., 306
- FFH-Verträglichkeitsprüfung 46 f.
- Freileitung 18, 22, 172, 216, 217
- Garzweiler-Entscheidung des BVerfG 190 f., 192, 195 ff., 240, 272
- Gegenstromprinzip 219
- gemeindliches Eigentum 213 f., 218, 251
- Geradelinigkeitsgebot 181
- Gesetzgebungskompetenz 184 f.
- Grundsätze der Raumordnung 223
- grundstücksscharf (s. auch parzellen-scharf) 145 f., 148, 179, 180, 217
- Infrastrukturplanungsbeschleunigungs-gesetz 280
- Inhalts- und Schrankenbestimmung 188, 250, 253
- Inzidentkontrolle 21, 68, 132, 138, 150, 157 ff., 162, 176 f., 191 ff., 194 ff., 212, 214, 226, 238, 240, 246 ff., 263, 275, 276 ff., 280, 286 ff., 296 f., 304 f.
- Klagebefugnis 28 ff., 50, 55, 158, 250 f.
- Kommunalverfassungsbeschwerde 143 f., 149 ff., 304
- konkrete Normenkontrolle 150, 157 ff., 276 f., 304
- Kontrolldichte 96, 101 ff., 171, 174, 304
- Korridor, Begriff 179 f.
- Korridorbreite 18, 178 f., 181, 214, 216
- Landesplanungen, 21, 220 f., 224
- Leistungsbeschwerde 56 f.
- Linienbestimmung
- Außenwirkung, fehlende 177, 183 f., 185, 192, 220 f.
 - Rechtsschutz 117, 179, 192, 195, 222, 277, 278
 - Vorrangwirkung 220 ff.
 - Wirkung ggü. Planfeststellung 265, 277
- maßgeblicher Zeitpunkt für Beurteilung der Sach- und Rechtslage 167 ff., 279 f.
- Missbrauchsklausel 294 ff., 306
- Naturschutzrecht 38 ff., 41, 242, 287 f., 298
- Naturschutzverbandsklage
- Allgemein 6 f., 28, 38 f., 263, 286
 - Klagegegenstände 40, 48, 236
 - Rügeumfang 40, 41
- Nebenanlagen 21, 24, 146, 151
- Nebenbestimmungen 71, 93 f., 127 f.
- Netzausbaukosten 81, 108, 128, 129, 136, 141, 216
- Netzentgelte 69, 70, 128
- Netzentwicklungsplan
- Allgemeines 3, 14 ff., 17 f, 61, 107 ff.
 - energierechtlicher Rechtsweg 62 ff., 134
 - planungsrechtliche Bedeutung 17, 61, 66 ff., 110, 115, 136, 141
 - Prognosespielraum der ÜNB 130 f., 135 f., 231, 305
 - Rechtsform der Bestätigung 125 f.
 - Rechtsschutz der ÜNB 61, 119, 124 ff., 134 ff., 305
 - Rechtsschutz Dritter 16, 61, 108 ff., 117 ff., 136 ff., 305
 - Rechtsschutz von Verbänden 112 ff.
 - regulierungsrechtliche Wirkung 61, 62, 63 ff., 68, 109 f., 115 f., 134, 141, 154, 303
 - unionsrechtlicher Hintergrund 64 ff., 116, 117, 123
 - Verfahren 15 f., 61, 110 ff.
 - Vertretbarkeitsprüfung der BNetzA 130 f., 135 f.
- Netzknoten-/Netzverknüpfungspunkte 15, 17, 18, 20, 110, 146 ff., 151, 160, 181
- Netznutzer 14, 15, 83, 116, 117
- Netzregulierung 65, 97, 154
- Öffentlichkeitsbeteiligung
- Ausbau der Beteiligung 4, 11 f., 203, 267 f.
 - i. R. d. Bedarfsplanung 14, 15 f., 61, 72, 78, 83, 84, 87, 90, 91, 102, 110 ff., 125, 131, 136 f.

- i. R. d. Bundesfachplanung 20, 180, 188, 189, 200 ff., 225 ff., 267 f., 276
- i. R. d. Planfeststellung 23, 289
- Zweck 15, 87, 201, 203, 206, 267 f.
- Ortsbild 216, 217

- parzellenscharf (s. auch grundstücks-scharf) 18, 150, 175, 273
- Pepcom-Beschluss des BGH 88 f.
- phasenspezifischer Rechtsschutz 22, 38, 135, 190, 191, 195, 196, 201, 213, 237, 239, 242, 265, 271 ff., 303
- Planerhaltungsinstrumente
 - Allgemein 296 f.
 - i. R. d. Bundesfachplanung 211 f., 257 f., 269 f., 278 f., 298 ff., 301, 306
 - i. R. d. Planfeststellung 297 f., 306
- Planfeststellung
 - Abwägung 24, 145, 148 f., 215, 265, 287, 289
 - Allgemein 12, 20, 21 ff., 62, 68, 149, 181 f., 275 ff.
 - Antragskonferenz 23
 - Bindung an Vorentscheidungen 18, 21, 24, 67, 152, 158, 175, 183, 225, 228, 265, 266, 272
 - inzidente Kontrolle planerischer Vorentscheidungen 21, 176, 191 ff., 212, 214, 264, 276 ff., 285, 300, 306
 - Planfeststellungsvorbehalt 22
 - Planungsträger 230, 234, 275 f.
 - Rechtsschutz von Drittbetroffenen 288 ff., 306
 - Rechtsschutz von Enteignungsbetroffenen 286 ff., 306
 - Rechtsschutz von Gemeinden 290 f., 306
 - Rechtsschutz von Verbänden 40, 292 f., 306
 - Rechtsschutz von Vorhabenträgern 228, 255 f., 275 f.
 - Verfahren 205 f., 210, 289, 294 f.
 - Wirkung 22, 186
- Planrechtfertigung 12 f., 18, 23, 67, 137, 138, 142, 158 f., 161, 162, 168, 172 ff., 276, 289, 291, 292
- Planungsbedürfnis 251

- Planungshoheit 110, 136, 144, 149 ff., 214 ff., 218, 219, 225, 251, 291
- Präklusion
 - innerprozessuale 294 ff., 306
 - faktische 172, 206
 - formelle 268
 - materielle 273, 284, 293 ff., 301, 306
- Protect-Entscheidung des EuGH 44, 241, 242

- Raumordnungsplan 238, 240, 242
- Raumordnungsverfahren
 - Ergebnisse als Abwägungsbelang 21, 192 f., 265
 - Ersetzung durch Bundesfachplanung 19
 - Rechtsschutz 176, 177, 192 f., 277, 278, 285
 - Wirkung ggü. Planfeststellung 179, 277
- Raumordnungsziele
 - Abwägung 188 f., 290
 - Bindungswirkung 183, 193, 210, 218, 224
 - inzidente Überprüfung 192, 264, 272 f., 278, 279, 288, 290, 291
 - partielle Außenwirkung 187 ff., 266, 272
 - Planerhaltung 278
 - Rechtsschutz, unmittelbar 179, 183 f., 187, 201, 219, 224, 266, 272 f.
- Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG 27, 28, 38, 50 f., 52, 56 f., 76, 97, 102, 109, 110, 112, 157, 159, 168, 172, 178, 182, 190 ff., 194 ff., 212, 285
- Rechtsschutzkonzentration 8, 45, 75, 138, 175, 192, 195 f., 198, 201, 207, 208, 211, 235, 238, 240, 252, 253, 261, 263 ff., 269, 271 f., 300 ff., 303
- Rechtsweg s. Verwaltungsrechtsweg, s. abdrängende Sonderzuweisung
- Regulierungsermessen 96 ff., 104

- Schutznormakzessorietät 42, 243
- Schutznormtheorie 31 f., 35 f., 37, 95, 201, 289
- Scoping 204 f.
- Selbstgestaltungsrecht 216

- Slowakischer Braunbär I Entscheidung des EuGH 43 ff., 113 f., 115, 240 ff., 243 f.
- Slowakischer Braunbär II Entscheidung des EuGH 45 ff., 244 f.
- Standortauswahlgesetz 272 f.
- Strategische Umweltprüfung
- i. R. d. Bedarfsplanung 16, 111 f., 136 f., 165
 - i. R. d. Bundesfachplanung 19 f., 207 ff., 226, 238, 242, 305
 - unionsrechtsbedingte Subjektivierung 111 f., 207 ff., 226, 304 f.
- Subjektive Rechte
- als Rechtsschutzvoraussetzung 27 f., 28 f., 30 ff., 40, 44, 51 f., 55, 57, 95, 109, 243, 286, 288 ff.
 - Begründung 30 ff., 87, 116 ff., 129, 203 ff., 288 f., s. auch Schutznormtheorie
 - subjektive Verfahrensrechte, s. dort
 - unionsrechtlicher Einfluss 34 ff., 37 f., 112, 117 f., 289
- Subjektive Verfahrensrechte
- absolute Verfahrensrechte 202 f., 207 ff., 211 f., 225 f., 244, 263, 289, 304
 - Allgemein 39, 110 ff., 136, 203 ff.
 - relative Verfahrensrechte 201 f., 207, 225
- Subjektives Rechtsschutzkonzept 27, 28 ff., 38, 52, 178, 196, 286, 290
- SUP-Richtlinie 111, 207, 208 f., 211, 226, 236, 239, 244
- Szenariorahmen
- Allgemeines 13 f., 79 ff.
 - energierechtlicher Rechtsweg 62 ff., 134
 - Prognosespielraum der ÜNB 99 ff.
 - Rechtsform der Genehmigung 70 ff.
 - Rechtsschutz der ÜNB 61, 69 ff., 91 ff., 134 ff.
 - Rechtsschutz Dritter 61, 69 ff., 75 ff., 136 ff.
 - Rechtsschutz von Verbänden 90
 - Verfahren 14, 83 f., 87 f.
 - Vertretbarkeitsprüfung der BNetzA 101 ff., 135 f.
- Trianel-Entscheidung des EuGH 42, 113, 237, 243
- Umweltverbandsklage
- Allgemein 6 f., 40 ff.
 - Klagegegenstände 41, 43 ff., 112 ff., 235 ff., 305
 - Prüfungsumfang 41 ff., 208, 212, 284, 292 ff.
 - unionsrechtlicher Hintergrund 41, 43 ff., 112 ff., 236 ff., 244 ff., 294 f., 305
 - Vorgaben der Aarhus-Konvention 41, 42, 43 ff., 113 ff., 239 ff., 244 ff., 305, 306
- Umweltverträglichkeitsprüfung 23, 207 f., 210, 212, 265, 289
- UVP-Richtlinie 36 f., 41, 46, 47, 90, 113, 208 f., 212, 226, 236 ff., 241, 243, 294 f., 305
- Veränderungssperre
- Anfechtbarkeit 246 ff.
 - inzidente Kontrolle der Bundesfachplanung 251 ff., 260, 261 ff., 305
 - Rechtsform 246 ff.
 - Wirkung 21, 168 f., 224, 246 f., 248, 253
- Verfassungsbeschwerde 143 ff., 171, 304
- Verkehrswegplanungsbeschleunigungsgesetz 280
- Verpflichtungsbeschwerde 55, 72, 74, 91 f., 95 f., 105, 125, 126 ff., 129, 131
- Versorgungssicherheit 2, 3, 12, 61, 65, 118, 283 f.
- Verteilernetz 1 f.
- Vertragsstaatenkonferenz 42, 45
- Verwaltungsakt
- als Beschwerdegegenstand 49, 55 f., 57, 58, 59, 62, 70, 119, 132
 - als Klagegegenstand 29, 258 f., 261
 - Bestandskraft 114, 119, 132 f., 135, 248, 264, 265, 273
 - formeller Verwaltungsakt 70 ff., 126, 250
 - materielle Voraussetzungen 72 ff., 248 ff., 258 f.
 - relativer Verwaltungsakt 75
 - s. auch Allgemeinverfügung

Verwaltungsrechtsweg 28, 56, 259
Vollüberprüfungsanspruch von Enteignungs-
betroffenen 31, 286 ff., 306
Vollüberprüfungsanspruch von Umwelt-
verbänden 42 f., 292 f., 300, 306

Vorbereitungs- und Verfahrenshandlung
i. S. v. § 44a VwGO 72, 75 f., 120, 176,
177, 202, 258 f.
vorverlagerter (Grund-)Rechtsschutz 201,
206, 267